Schriftliche Anfrage betreffend politische Inklusion von potenziell mehrfachdiskriminierten Menschen mit Behinderungen

26.5504.01

1.

Politische Mitwirkung und barrierefreie politische Bildung können die Informationskompetenz stärken – besonders bei Menschen mit Lernschwierigkeiten oder kognitiven Beeinträchtigungen:

- Menschen mit geringer Literalität oder eingeschränkten kognitiven Ressourcen sind deutlich anfälliger für Falschinformationen. Das zeigen u. a. die OECD Analysen Facts Not Fakes[1] sowie Studien von Pennycook & Rand[2] und Ecker et al[3]. Wenn politische Inhalte barrierefrei vermittelt werden – etwa in Leichter Sprache – sinkt die kognitive Belastung und die Genauigkeitsorientierung steigt.
- Politische Teilhabe wirkt als kognitive Aktivierung. Forschung zur politischen Bildung (u. a. Delli Carpini & Keeter[4], Niemi & Junn[5], Kahne & Bowyer[6]) zeigt: Wer politisch beteiligt ist, entwickelt stärkeres kritisches Denken, bessere Informationsprüfung und mehr Selbstwirksamkeit. Diese Effekte sind besonders ausgeprägt bei Menschen, die zuvor wenig Zugang zu Politik hatten.
- Spezifische Studien zur politischen Teilhabe von Menschen mit Lernschwierigkeiten – etwa von Inclusion Europe[7], der EU Grundrechteagentur[8] und Arbeiten zu barrierefreier politischer Kommunikation – belegen: Beteiligung stärkt Selbstvertrauen, Urteilsfähigkeit und die Fähigkeit, manipulative Inhalte zu erkennen.
- Neurokognitive Forschung zeigt, dass politische Aktivierung exekutive Funktionen stärkt, Aufmerksamkeit und kognitive Selbstregulation. Genau diese Bereiche sind entscheidend für Resilienz gegenüber Desinformation.

Zusammengefasst: Politische Mitwirkung und barrierefreie politische Bildung fördern kognitive Stabilität, kritisches Denken und Faktenorientierung. Sie sind ein wirksamer Schutzfaktor gegen Desinformation – besonders für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen oder Lernschwierigkeiten. Gerade für Menschen mit Behinderungen, welche zum Beispiel aufgrund ihrer Herkunft, sozialem Status, etc. zusätzlich durch gesellschaftliche Diskriminierung betroffen sein können, verschärft sich die Bedeutung der politischen Aktivierung für die Inklusion. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt (25.0282.01) diesbezüglich für die Jahre 2025 bis 2029 die beiden Schwerpunkte Barrierefreie Kommunikation verwirklichen und Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen stärken definiert.

Aufgrund obiger Ausführungen wird der Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Welchen Stellenwert misst der Regierungsrat bei der Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen den möglichen Mehrfachdiskriminierungen wie der Herkunft bei?
2. Wie wird beim Aktionsplan Barrierefreie Kommunikation das Monitoring der Ziele und Massnahmen durchgeführt?
3. Wie setzt sich die Zielgruppe der Massnahmen (Menschen mit Behinderungen) zusammen?
4. Wie erfolgt bei der Überprüfung der Schwerpunkte 2025 bis 2029 der Einbezug von Menschen mit Behinderungen?
5. Wie wird die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen der erfolgten Massnahmen des Aktionsplans gemessen?
6. Welche Massnahmen zur Verbesserung der Mitwirkungen wurden bzw. werden bis 2029 realisiert, namentlich bezüglich der Planungsprozesse und den Projekten zur Förderung der kulturellen Teilhabe und zur Gestaltung des öffentlichen Raumes?

[1] [01.11.2026]

[2] https://www.cell.com/trends/cognitive-sciences/fulltext/S1364-6613(21)00051-6 [01.11.2026]

[3] https://psycnet.apa.org/fulltext/2025-57011-001.html [01.11.2026]

[4] https://archive.org/details/whatamericanskno00dell [01.11.2026]

[5] https://de.scribd.com/document/719487815/Civic-Education-what-makes-students-learn [01.11.2026]

[6] https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/03/facts-not-fakes-tackling-disinformation-strengthening-information-integrity_ff96d19f/d909ff7a-en.pdf [01.11.2026]

[7] https://www.inclusion-europe.eu/ [01.11.2026]

[8] https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/search-all-eu-institutions-and-bodies/european-union-agency-fundamental-rights-fra_de [04.11.2026]

Oliver Thommen